

**Wolfgang Clement
Edelgard Bulmahn
Manfred Stolpe
Gabriele Behler
Jürgen Zöllner
Willi Lemke**

**Bildung entscheidet über unsere Zukunft.
Für eine neue Bildungsinitiative**

Berlin, 17. Januar 2000

PRÄAMBEL

In der Gesellschaft von morgen entscheidet Wissen über die Chancen des Einzelnen, unserer Gesellschaft und der Wirtschaft. Der Bildungspolitik kommt daher eine Schlüsselrolle zu für die Gestaltung unserer Zukunft, in enger Verzahnung mit Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

Technologischer und sozialer Wandel führen zu – teilweise dramatischen – Veränderungen in nahezu allen Bereichen unseres Lebens:

- Wissen erneuert und vermehrt sich immer schneller und ist dank neuer Informations- und Kommunikationstechnologien global verfügbar.
- Das alte Prinzip lebenslanger Ausübung eines einmal gelernten Berufs ist überholt.
- Neue Technologien, neue Arbeitsorganisation und ein wachsender Dienstleistungssektor verlangen höhere und neue Qualifikationen, Flexibilität und Mobilität.
- Zunehmende Migration und Mobilität, Europäische Einigung und Internationalisierung setzen das Verstehen anderer Kulturen und das Sprechen anderer Sprachen voraus.
- Die fortgeschrittene Gefährdung unserer Lebensgrundlagen erfordert einen konsequenten Wechsel zu nachhaltiger Entwicklung, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Verantwortung verbindet.
- Ständiger Wandel in allen Bereichen führt zu einem hohen Bedarf an Orientierung und Gestaltung.

Eine Gesellschaft, die vor den globalen Herausforderungen nicht kapitulieren will, die sich den Zwängen von außen nicht nur passiv anpassen will, sondern auch künftig in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit leben und die Zukunft mit gestalten will, braucht Innovationen.

Die positive Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen der Globalisierung heißt also

- Mut zur Zukunft,
- Mut zur Innovation,
- Mut zum Lernen und Studieren,
- Mut zur Kreativität,
- Mut zur Verantwortung,
- Mut zu Visionen und neuen Utopien.

Angesichts dieser Entwicklung entscheidet Bildung immer mehr über die Entwicklung individueller Persönlichkeit, Teilhabe an der Gesellschaft und Beschäftigung, aber auch über die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Bildung ist mehr als Qualifikationsvermittlung. Dies erfordert nicht nur mehr Investitionen in Bildung, sondern stellt gleichzeitig neue inhaltliche Anforderungen an Bildung. Um das Wissen für morgen zu erwerben, müssen wir nicht nur mehr, sondern auch andere Kompetenzen erwerben:

- instrumentelle und methodische Kompetenzen, um Wissen zu erschließen und anzuwenden, dazu gehören heute vor allem auch Medien-, Kommunikations- und Sprachkompetenzen als neue Kulturtechniken,
- personelle Kompetenzen, die Selbstbewusstsein, Identität und Moral vermitteln und Kreativität und Innovationsfähigkeit entfalten,
- soziale Kompetenzen wie Eigenverantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit, Verantwortung für nachhaltige Entwicklung,
- Basiswissen im herkömmlichen Sinne sowie Orientierungsfähigkeit auf der Grundlage von Philosophie, Geschichte, Politik und Kultur,
- Fähigkeiten zu kritischem Überdenken und Entwickeln von Perspektiven, um Orientierung und Gestaltung in einer sich ständig wandelnden Umgebung zu ermöglichen,
- Lernen des Lernens, möglichst früh und ein Leben lang.

Bildungspolitik steht angesichts dieser Anforderungen vor einer doppelten Aufgabe:

- **Das Wissen und die Kompetenzen zu vermitteln, die morgen über gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt entscheiden, und gleichzeitig**
- **soziale Ausgrenzung angesichts steigender und neuer Qualifikationsanforderungen zu verhindern.**

Die wachsende Bedeutung von Bildung muss auch bei der Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen ihren Ausdruck finden. Deshalb wird die neue Bundesregierung die Absenkung des Anteils von Bildung am Bruttoinlandsprodukt korrigieren. In der Zeit der Kohlregierung war der Anteil auf 4,5 Prozent im Jahre 1997 gefallen, während dieser 1980 noch bei 5,0 Prozent lag. Schon 1999 hat die neue Bundesregierung 1 Milliarde Mark zusätzlich investiert und die Finanzplanung bis 2003 sieht weitere Steigerungen vor. Bildung und Wissenschaft schaffen Lebens- und Berufschancen für 15 Millionen junge Menschen. Die lernende Gesellschaft setzt auf 1,2 Millionen engagierte und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer, Ausbilderinnen und Ausbilder, Professorinnen und Professoren.

Stand das 20. Jahrhundert in Deutschland im Zeichen einer Öffnung und kontinuierlichen Ausweitung staatlich verantworteter Bildung und Wissenschaft, so wird das 21. Jahrhundert von einer Vielzahl unterschiedlicher Bildungsangebote geprägt sein. Dabei gehen zentralisierte und dezentrale, theorieorientierte und

praxisnahe, staatlich finanzierte, aber auch privat finanzierte Organisationsformen neue Kooperationen ein.

Alle Bildungseinrichtungen müssen bereit sein, entsprechend dem Leitbild des ‚lebenslangen Lernens‘ immer wieder neue Bildungschancen zu eröffnen, Bildungswege durchlässig zu machen und Übergänge zwischen Beruf und Bildung zu schaffen. Weiterbildung wird ein wichtiger Bestandteil des kontinuierlichen Innovations- und Wissenstransfers sein.

Die vielfältigen Anforderungen an Bildung und an die Bildungsangebote sind mit einer an Erlassen ausgerichteten Bildungsverwaltung und bürokratischen Detailregulierungen nicht mehr zu steuern. Wir brauchen ein neues Leitbild in der Bildungspolitik, in dem staatlich festgelegte Ziele und Standards über Rahmensetzungen und Globalsteuerung von selbstverantwortlichen Bildungseinrichtungen auf vielfältige Weise erfüllt werden. Bildungseinrichtungen müssen selbst zu lernfähigen Organisationseinheiten werden.

Weil Bildung immer wichtiger für die Zuteilung von Lebenschancen und damit zu einem zentralen Element sozialer Gerechtigkeit wird, bleibt für uns die gerechte Teilhabe an Bildungschancen und damit an Arbeit und Beschäftigung, an Fortschritt und Wohlstand eine zentrale Aufgabenstellung künftiger Bildungspolitik. Diese Herausforderungen an Bildungsinstitutionen und Bildungsinhalte sind in den nächsten Jahren zu bewältigen und stehen im Spannungsfeld von

- Chancengleichheit für alle und differenzierter Leistungsförderung
- Individueller Entfaltung und sozialem Zusammenhalt
- Sicherung von Standards und Aufbruch zu Innovationen
- Lokaler Einbindung und globaler Vernetzung
- Öffentlicher und privater Verantwortung für die Bildungsfinanzierung.

1. Chancengleichheit für alle und differenzierte Leistungsförderung

Die erste große Bildungsreform in der Bundesrepublik in den 60er und 70er Jahren hatte unter–anderem das Ziel, die sozialen Chancen zu verbessern und die Begabungsreserven in den bis dahin bildungsfernen Schichten der Bevölkerung zu aktivieren. Sie führte nicht zuletzt während der sozialliberalen Koalition zu einer Ausdehnung der weiterführenden Bildung und erhöhte den Anteil der Hochschulberechtigten auf annähernd ein Drittel eines Altersjahrgangs. Sie hat damit vielen Jugendlichen aus den bildungsfernen Schichten den Weg zu gesellschaftlichem Aufstieg ermöglicht und die Basis für wirtschaftlichen Wohlstand gelegt.

Chancengleichheit und Leistung sind keine Gegensätze, sie gehören zusammen. Die Zukunftschancen des Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft hängen gleichermaßen ab von der Verwirklichung von Chancengleichheit und der

Ermöglichung der Leistung, die zukünftig gebraucht wird. Stärkung und bestmögliche Förderung des Einzelnen und seiner Fähigkeit zur Zusammenarbeit sind die beste Grundlage für die Verwirklichung der individuellen Lebenschancen und die verantwortliche Mitwirkung bei der Gestaltung unserer Gesellschaft.

Wir müssen heute feststellen, dass Chancengleichheit längst nicht überall in unserem Bildungssystem gegeben ist, und zwar mit schwerwiegenden Folgen:

- Trotz aller Fortschritte gibt es immer noch zu viele Schulabgänger ohne Abschluss, zu viele Jugendliche ohne Ausbildung und zu viele Erwachsene ohne volle berufliche Qualifikation,
- nach wie vor sind Kinder aus Familien mit geringem Einkommen im Gymnasium und an den Hochschulen unterrepräsentiert,
- noch immer haben es Kinder und Jugendliche, die in Armut oder prekären Lebenslagen aufwachsen, sehr viel schwerer als ihre Altersgenossen,
- besonders schwer haben es Ausländer und Migrantenkinder, insbesondere wenn sie über geringe Einkünfte verfügen,
- trotz großer Fortschritte gibt es immer noch Defizite bei der Verwirklichung von Chancengleichheit von Frauen in der Bildung, vor allem in der beruflichen Bildung und an Hochschulen, aber auch im Umgehen mit Rollenverhalten in Kindertagesstätten und in der Schule,
- noch immer haben wir erhebliche regionale Unterschiede bei der Verteilung von schulischen Chancen,
- allen Bemühungen um Chancengleichheit zum Trotz ist das gegliederte Schulsystem hoch selektiv: bereits nach dem 6. Schuljahr sind die individuelle Schulkarriere, der spätere Berufsweg und das künftige Einkommen für viele weitgehend festgelegt,
- ein unterschiedlicher Zugang zu neuen Medien darf nicht zu neuen sozialen Spaltungen und Ungerechtigkeiten führen.,
- noch immer gibt es im Bildungswesen zu wenig internationale Zusammenarbeit und zu viele Hemmnisse für die grenzüberschreitende Mobilität.

Der Begriff der Chancengleichheit bekommt heute einen sehr viel fundamentaleren Sinn als zur Zeit der ersten Bildungsreform. Unter den Bedingungen einer Informations- und Wissensgesellschaft garantieren erst Bildung und die mit ihr verbundenen Schlüsselkompetenzen wie Lern-, Konzentrations- oder Teamfähigkeit den Zugang und die Sicherung von Beschäftigung. Sie schaffen die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Ohne Schulabschluss und Berufsausbildung wird es für Jugendliche in Zukunft immer schwerer, sich einen Platz im Erwerbsleben zu sichern und aktiv an der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft teilzunehmen. Die Frage, ob unsere Gesellschaft alle Mitglieder integrieren kann oder Teile ausgrenzt, stellt sich besonders in den Schulen. Führende Bildungsexperten haben zu Recht festgestellt: "Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts" (Expertenbefragung zur Zukunft der Wissensgesellschaft im Auftrag des BMBF).

Die konservative Bildungspolitik hat nicht verhindert, dass in der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen noch immer fast 12% oder rd. 1,3 Millionen ohne Berufsabschluss

bleiben, darunter überproportional viele junge Ausländer. "Ausbildung für alle" bleibt das Leitziel unserer Berufsbildungspolitik.

Der Gleichklang von Chancengleichheit und Leistungsförderung ist das zentrale Projekt sozialdemokratischer Bildungspolitik. An diesem Anspruch halten wir trotz und gerade wegen der veränderten Rahmenbedingungen fest, in denen Bildung heute stattfindet.

Gerade wenn wir feststellen, dass Geld und mehr Stellen häufig nicht zum erwünschten Erfolg geführt haben, müssen wir wieder stärker aus Erfolgsgeschichten lernen. In den vergangenen Jahren hat das Wissen um notwendige Entscheidungen erheblich zugenommen. Überzeugende Konzepte für Teilbereiche unseres Bildungswesens liegen auf dem Tisch.

Die konservative Bildungspolitik will stattdessen die staatlichen Ressourcen umsteuern zur Förderung von Hochqualifizierten und Spitzenbegabungen (Bayerisch-Sächsische Zukunftskommission). Im Gegensatz zu einer einseitigen Fixierung auf Spitzenbegabungen sagen wir: Qualifizierungen werden in der gesamten Gesellschaft benötigt, um innovative Prozesse nachhaltig zu fördern und um die Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. Den Gleichklang von Chancengleichheit und Spitzenleistung aufzukündigen, würde eine Kapitulation vor der eigentlichen bildungspolitischen Aufgabe im 21. Jahrhundert bedeuten und würde zu weiteren Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt führen.

Besondere Talente können auch ohne starre Regelungen gefördert werden. Wir setzen deshalb auf die Individualisierung von Bildungsgängen, auch was die Dauer angeht. Dazu gehört zum Beispiel auch das Angebot von 12- und 13-jährigen Bildungsgängen bis zum Abitur.

Es bleibt das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik, auf allen Schul- und Ausbildungsstufen eine Lernkultur zu schaffen und weiterzuentwickeln, die Kindern und Jugendlichen die Basiskompetenzen und -motivationen des selbsttätigen Lernens und ständigen Lernen-Wollens vermittelt, die die Qualität von Bildung sichert, die das Leistungsniveau anhebt und lernschwache Kinder und Jugendliche fördert. So ist zum Beispiel der Umgang mit Computern unverzichtbare Voraussetzung für die Teilhabe in der Informationsgesellschaft. Dazu müssen die Voraussetzungen in den Schulen geschaffen werden. Ziel muss es sein, mittelfristig alle Klassenzimmer mit Rechnern zum täglichen Gebrauch auszustatten.

Wir brauchen offene Räume für Kinder und Jugendliche in ihren Stadtteilen. Das können Internetcafés sein und Computer in Stadtbüchereien und Jugendeinrichtungen. Alle Kinder und Jugendlichen müssen unabhängig vom Einkommen der Eltern den Zugang zum Computer und zum Internet haben. Wir wollen die neuen Medien zu einem Instrument machen, mit dem soziale Unterschiede bei den Bildungschancen ausgeglichen werden können. Zur Verbesserung der Medienversorgung hat die neue Bundesregierung gemeinsam mit

der Wirtschaft die Initiative "D21" ins Leben gerufen, die die vielfältigen Anstrengungen der Länder in diesem Feld ergänzt.

Wir setzen auf ein qualitativ hochwertiges und durchlässiges Bildungsangebot, das den unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen und Bildungsansprüchen gerecht wird. Dies bedeutet für die unterschiedlichen Institutionen des Bildungssystems:

- Die allgemeinbildenden Schulen sollen durch eine Verbesserung der organisatorischen Rahmenbedingungen und eine weitere Verstärkung der personellen und sächlichen Ressourcen gestärkt werden, so dass sie in der Lage sind, alle Kinder mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten möglichst umfassend zu fördern. Die Sicherung von Qualität und Leistungsniveau in den allgemeinbildenden Schulen ist ein zentrales Ziel. Es umfasst sowohl die gezielte Förderung von lernschwachen, sozial schwachen Schülerinnen und Schülern und solchen mit fremder Muttersprache als auch die Förderung von Spitzenbegabungen durch Differenzierung und erweiterte Angebote. Vielfalt statt bildungspolitischer Monokulturen muss das Ziel sein.
- Die Berufsausbildung soll im Interesse der Jugend konsequent und unter Berücksichtigung des zukünftigen Bedarfs modernisiert werden. Wir wollen eine institutionelle Förderung für benachteiligte Jugendliche, die schulische und sozialpädagogische Zusatzangebote und Hilfen für die (zumeist kleinen) Betriebe umfasst wie (Zwischen)Zertifikate unterhalb des Niveaus einer dreijährigen Ausbildung. Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und des Programmes JUMP werden konsequent die Möglichkeiten für benachteiligte Jugendliche verbessert. Auf der anderen Seite wollen wir eine Verbesserung der Durchlässigkeit zu Fachhochschulen und Hochschulen für alle Ausbildungsgänge. Verbesserung der Durchlässigkeit heißt, durch flexiblere und offenere Berufsbilder als bisher für die Auszubildenden Raum für zusätzliche Qualifizierungsangebote zu schaffen und ihnen diese zugänglich zu machen. Aufstiegsfortbildung und Meisterfortbildung müssen ausgebaut werden. Wir setzen uns im Bund und in den Ländern dafür ein, dass der Bedarf von Informatik-Fachkräften durch umfassende und schnellgreifende Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung wie auch durch langfristige Strukturmaßnahmen gedeckt wird.
- Der Zugang zu den Hochschulen muss offen bleiben. Wir brauchen anders ausgebildete, aber keinesfalls weniger Hochschulabsolventen. Qualität und Leistung der staatlichen Hochschulen sollen durch eine Modernisierung der internen Organisation von Forschung und Lehre, durch Profilbildung und Kooperation angehoben werden und damit gegenüber privaten nationalen wie internationalen Bildungsangeboten konkurrenzfähig bleiben. Für uns hat aber auch die Förderung besonders begabter Studierender und Nachwuchswissenschaftler einen hohen gesellschafts- und bildungspolitischen Stellenwert. Für eine zukunftsweisende Entwicklung ist Deutschland zwingend auf die Kreativität und Innovationskraft seiner besonders begabten Studierenden und jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angewiesen. Eine wesentliche Steigerung des Anteils weiblicher Nachwuchs- und Führungskräfte ist dringend erforderlich. Das Potential der Wissenschaftlerinnen darf der

Gesellschaft nicht länger verloren gehen. Wir begrüßen und unterstützen privates Engagement auch im tertiären Bildungsbereich. Es kann das öffentliche Ausbildungsangebot ergänzen und über den Wettbewerb positive Ausstrahlung auch auf das staatliche Hochschulsystem haben. Wir brauchen vielfältigere Studienangebote mit unterschiedlichen Abschlussgraden, damit Hochschulen die große Mehrheit der Studierenden auf wissensbasierte und wissenschaftsintensive Berufe vorbereiten und weniger auf eine wissenschaftliche Laufbahn. Dies verlangt eine Erhöhung der Attraktivität der Fachhochschulen und die Vermehrung von berufsbefähigenden abgestuften Abschlüssen an den Universitäten. Wir unterstützen Modellversuche für eine integrierte Berufs- und Fachhochschulausbildung. Mit solchen Modellen erhalten Jugendliche und Unternehmen die Möglichkeit, praktische und wissenschaftliche Ausbildung sinnvoll miteinander zu verbinden. Wir brauchen darüber hinaus eine Internationalisierung des Studienstandorts und der Studienangebote. Wir wollen gleichzeitig deutsche Studierende für den internationalen Arbeitsmarkt fit machen und ausländische Studierende als Handels-'Botschafter' von morgen an den Standort Deutschland binden. Durch international kompatible Studiengänge sollen möglichst alle Studierenden einen Teil ihres Studiums im Ausland absolvieren können. Das verlangt stärkere Kooperation und umfassende Austauschprogramme zumindest zwischen den europäischen Hochschulen.

Voraussetzung für Chancengleichheit ist ein sozial gerechtes Konzept zur Bildungsfinanzierung. Die neue Bundesregierung hat zunächst den kontinuierlichen Rückgang der BAföG-Berechtigten von 42 Prozent im Jahre 1982 auf 21 Prozent im Jahre 1998 gestoppt und den Trend umgekehrt. Wir brauchen jedoch eine umfassende Reform der Ausbildungsförderung, die sicherstellt, dass niemand aus finanziellen Gründen von einer seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Ausbildung ausgeschlossen bleibt. Es gehört zu den Kernpunkten sozialdemokratischer Bildungspolitik, dass ein Studium nicht vom Einkommen der Eltern abhängen darf. Es muss auch zukünftig möglich sein, ein grundständiges Studium gebührenfrei zu absolvieren. Dies wollen wir – gegebenenfalls auch durch neue Modelle der staatlichen Bildungsfinanzierung – dauerhaft gewährleisten.

2. Individuelle Entfaltung und sozialer Zusammenhalt

Die wesentlichen Entwicklungstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft verstärken den Trend zur Individualisierung: die Ausweitung von Lernphasen in der Biographie, die wachsende Konkurrenz und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, die zunehmende Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse, die sich ausdehnende Nutzung elektronischer Medien. Diese Entwicklung bietet für die junge Generation viele positive Aspekte in Form erweiterter Lebensgestaltungsoptionen, größerer Handlungsspielräume und eines gestärkten Selbstbewusstseins. Auf der anderen Seite können die Individualisierungsprozesse auch Verlust mit sich bringen.

Die Schulen stehen vor der Aufgabe, einen Weg zu finden, beide für die Persönlichkeitsentwicklung wichtigen Seiten, individuelle Entfaltung und sozialen Zusammenhalt, zu verbinden. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist nicht immer einfach, weil ein Teil der Schülerinnen und Schüler Probleme aus dem familiären und sonstigen Umfeld mitbringt. Hier muss Schule helfen.

Um die hiermit angesprochenen Probleme zu lösen, brauchen wir eine Veränderung des Bildungsbegriffs. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die heute zur Schule gehen oder eine Ausbildung in Betrieb oder Hochschule erwerben, müssen morgen in einer veränderten Welt bestehen. Nicht allein nachprüfbares Wissen und technische Fähigkeiten, nicht ein geschlossener Leistungs- und Wertekanon werden den Bildungsbegriff der Zukunft bestimmen. Vielmehr muss Schule über Offenheit und Flexibilität ihre Fähigkeit weiterentwickeln, jungen Menschen eine verlässliche Orientierung zu geben und sie zu aktiver Gestaltung einer zunächst noch ungewissen Zukunft anzuleiten. Die Kompetenz zu lebenslangem Lernen wird deshalb zu einem zentralen Bildungsziel. Sichere Beherrschung grundlegender Kulturtechniken, zu denen auch der Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien gehört, Offenheit für unterschiedliche Lebens- und Arbeitssituationen, Sicherheit im Durchschauen von Zusammenhängen, in der Urteilsbildung und in der Werteorientierung sind zentrale Schlüsselqualifikationen für die jungen Menschen.

Veränderungen in der traditionellen Halbtagschule sind notwendig. Schule muss verlässlich sein. Neue Formen flexibler Betreuungsangebote nach Schulschluss sind in den nächsten Jahren zu entwickeln. Dies bedeutet eine erhebliche Ausweitung der Angebote in Kooperation mit dem sozialen Umfeld von Schulen (Vereine, Jugendmusikschulen, Betriebe, Medien, Kirchen u.a.). Es bedeutet auch, die Lernformen zu verändern in Richtung auf Lernen in kleinen Gruppen und an Projekten, um die Selbstständigkeit und den sozialen Zusammenhalt der Schüler zu fördern.

Wichtigste Voraussetzung für eine Lehr- und Lernkultur ist eine entsprechende Aus- und Weiterbildung der Lehrenden und Auszubildenden. Der Beruf des Lehrers ist mit dem immer schnelleren Wandel und dem daraus folgenden Orientierungsbedarf, mit dem Rückgang der Erziehungskraft der Familie und mit der sich wandelnden Funktionalität von Wissen immer verantwortungsvoller, aber auch immer schwieriger geworden. Die Lehrerbildung ist ein Schlüssel zur Bildungsreform.

Ein neues Schulkonzept ist ohne eine intensivere Kooperation mit den Eltern und ohne eine Aufwertung des Lehrerberufs in der Öffentlichkeit und ohne eine veränderte Zusammensetzung der Kollegien nicht umsetzbar. Zur Aufwertung des Lehrberufs gehört auch ein verändertes Professionalisierungskonzept, in dem neben dem fachwissenschaftlichen Kern verstärkt psychologische und sozialwissenschaftliche Kompetenzen treten müssen. Wir brauchen Lehrer, die intensiv mit Eltern und dem sozialen Umfeld der Schulen kooperieren. Schule muss geöffnet werden zum außerschulischen Feld, zu Kooperationen in die regionalen Bildungs- und Wirtschaftsstrukturen hinein. Schule braucht Partner!

Eine solche Reorganisation der Schule ist überfällig, um den Anforderungen einer Bildungslandschaft des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Die Vermittlung sozialer Kompetenzen, das Erlernen von Methoden-, Orientierungs- und Problemlösungskompetenzen, aber auch die Überwindung von Passivität, Desinteresse und Gewalt setzt eine neue Lehr- und Lernkultur an Bildungseinrichtungen voraus:

- Neue Lernsituationen, in denen Teamarbeit statt "Einzelkämpfertum" gefördert wird,
- Einbeziehung von Lernorten der beruflichen Praxis und des sozialen Umfelds, um soziale Interessen und Kompetenzen zu erfahren,
- neue Formen des Lernens, bei denen Kinder Umwege beschreiten und Fehler machen dürfen, bei denen sie in der Gruppe Probleme lösen und durch Erklären und Handeln lernen,
- neue didaktische Konzepte, die fächerübergreifendes und vernetztes Denken fördern,
- neue Medien unterstützen eine neue Qualität des gemeinsamen Gestaltens von Lernen, bei der der Lehrer die Rolle des Lernberaters übernimmt.

3. Sicherung von Standards und Aufbruch zu Innovationen

Qualität und Innovationsfähigkeit der Bildungseinrichtungen stehen zu Recht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Entwicklung in nahezu allen Bereichen von Produktion und Dienstleistung hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass sich im Beschäftigungssystem die Nachfrage nach höher und hoch qualifizierten Beschäftigten kontinuierlich vergrößert hat.

Die weiter wachsende Einbindung Deutschlands in die europäische Staatengemeinschaft und in die weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen stärkt die Aufmerksamkeit, die in der Öffentlichkeit der wirtschaftlichen Bedeutung guter Bildung und Ausbildung für die Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt beigemessen wird.

Die Rolle des Staates in der Bildung befindet sich im Prozess der Neudefinition. Bund und Länder müssen sich mehr und mehr auf die Regelungen der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen konzentrieren, insbesondere zur Sicherung von Qualität und Vergleichbarkeit, Regelung des gleichen Zugangs für alle sowie zur Förderung von besonderen Zielgruppen.

Dabei müssen wir zwei Ziele gleichzeitig verfolgen: zum einen müssen wir die Strukturen unserer Bildungseinrichtungen, ihre personellen und finanziellen

Ressourcen überprüfen; zum anderen wollen wir zu mehr Selbstbewusstsein, Selbständigkeit, Kreativität und Teamfähigkeit ermutigen und anregen.

Wir wollen den Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Berufsbildung mehr Selbständigkeit geben und mehr Eigenverantwortung abverlangen. Ihre Kreativität muss – auch durch die Mitwirkung aller darin Tätigen - gestärkt werden, da die Gesellschaft von ihnen innovatives Denken und Handeln erwartet. Wir wollen die Bildungseinrichtungen animieren, im Wettbewerb untereinander nach optimalen Wegen zur Steigerung der Qualität von Bildung zu suchen.

Selbstständigkeit darf sich dabei nicht auf finanzielle Belange beschränken, sondern muss die Freiheit zur inhaltlichen - und personellen - Gestaltung und Weiterentwicklung der pädagogischen Angebote einschließen. Gefordert wird auch im Interesse der Qualitätssicherung mehr kreativer Wettbewerb um die besten Ideen. Auch hier gewinnen Forderungen nach einer stärkeren regionalen Kooperation und Vernetzung der Hauptakteure der unterschiedlichen Bildungssektoren an Bedeutung.

Mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen umfassen notwendigerweise auch die Bereitschaft zu Rechenschaft und Evaluation sowie zum Leistungsvergleich mit anderen. Dies ist auch die Voraussetzung für Transparenz. Wir brauchen eine intensive Debatte über solche Instrumente der Qualitätssicherung. Dabei werden wir auch erfolgreiche Beispiele aus dem Ausland einbeziehen.

Selbstständigkeit und stärkere Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen erfordern auch neue Kompetenzen für die Leiter von Bildungseinrichtungen sowie für die Mitarbeiter der staatlichen Aufsicht. Entsprechende Weiterbildungsangebote sind ein wichtiger Beitrag zur Qualitätssteigerung und Innovation.

Der in Deutschland fest verankerte Kulturföderalismus hat in den sechzehn Ländern z.B. hinsichtlich der Schulstruktur, der Bildungszeiten und auch der Lehrpläne zu einer Fülle unterschiedlicher Ausgestaltungen des Schulwesens geführt. Der im Grundgesetz niedergelegte Auftrag, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland und die Freizügigkeit zwischen den Ländern auch faktisch abzusichern, macht es erforderlich, trotz aller landesspezifischen Ausprägungen für vergleichbare qualitative Standards Sorge zu tragen. Aber auch hier gilt: Wir müssen dies nicht zwischen den Ländern über Detailregelungen organisieren, sondern im Wettbewerb um die besten Konzepte.

Die Hochschulen müssen jetzt eine Reform auch zur Internationalisierung ihrer Studiengänge (z.B. BA/MA-Abschlüsse) voranbringen. Wir Sozialdemokraten sind gewillt und bereit, unsere Hochschulen bei diesem teilweise bereits eingeleiteten Reformprozess zu unterstützen. Wir setzen hierbei auf größtmögliche Selbstständigkeit, auf Wettbewerb und eigenständige Profilbildung. Wir halten es im Gegenzug für unerlässlich, dass sich die Hochschulen dann einer ständigen

Evaluierung ihres Lehrangebotes und einer Akkreditierung ihrer neuen Studiengänge unterwerfen.

Erst eine Kombination von Qualitätsstandards, von vielfältigen Bildungsangeboten, von Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit, von erhöhter Selbstständigkeit der Bildungseinrichtungen und neuen Kooperationsformen zwischen Bildungseinrichtungen schafft die Innovationsfähigkeit, die die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts so dringend benötigt.

4. Lokale Einbindung und globale Vernetzung

Die lokale Kooperation der Bildungsinstitutionen ist gerade für Kinder und Jugendliche in den ersten Bildungsjahren von großer Bedeutung. Deshalb ist es unser Ziel, die Schulen untereinander zu vernetzen, um Zusammenarbeit, Arbeitsteilung und Erfahrungsaustausch von Schülern und Lehrern zu verbessern.

Auch im beruflichen Bereich werden Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch und Arbeitsteilung über die einzelne Institution hinweg immer wichtiger. Zur lokalen Einbindung gehört ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zwischen beruflichen Schulen und Betrieben, auch mit den zuliefernden allgemeinbildenden Schulen, mit den Kammern und den lehrerbildenden Institutionen.

Wir wollen die berufliche Erstausbildung und die Weiterbildung verzahnen. Die beruflichen Schulen können zu Qualifizierungszentren der Region werden. Dabei kann das gut ausgebaute Berufsschulwesen seine Fachkompetenz unter Marktbedingungen auch für Angebote der beruflichen Weiterbildung nutzen.

Wir wollen, dass sich die Schulen den Eltern, Betrieben, Vereinen, Berufstätigen, Kirchen, der Jugend- und Sozialarbeit und den Umweltschutzeinrichtungen noch stärker öffnen und zu lebendigen Zentren für Lehren und Lernen in Gemeinschaft werden (community learning centers). Praxisorientierter Unterricht in Zusammenarbeit mit Betrieben und Berufstätigen unterstützt die Wissensvermittlung, fördert Motivation und Konzentration und hilft bei der Orientierung der Schülerinnen und Schüler. In dieser regionalen und lokalen Einbindung sind soziales Lernen und interkulturelle Lernprozesse wesentlich erleichtert.

Im Hochschulbereich haben sich Hochschulen längst zu Zentren regionaler Entwicklung herausgebildet. Die regionale Einbindung der modernen Hochschule in ihre Standortregion wird nicht nur in dem hohen Anteil von Studierenden ihrer Region deutlich, sondern in wachsendem Maße durch Verbundprojekte zwischen Hochschule und Unternehmen, praxisorientierte und duale Studiengänge (insbesondere an Fachhochschulen), Starterzentren der Hochschule, Strukturhilfe-Institute, Technologietransferstellen, Innovations-Kontaktbörsen, science parks, Gründerzentren und Beratungsstellen für junge Unternehmensgründer. Wir wollen

diese Entwicklung in Zukunft systematisch fördern. Technologietransfer ist ein Kernelement regionaler Wirtschaftsförderung.

Der wissenschaftlich-technische Wandel und der Wettbewerb um Innovation erzwingt eine raschere Umsetzung von Wissen in innovative Produkte und Verfahren. Deshalb muss die schon begonnene Öffnung der Hochschulforschung für externe Partner - nicht nur der Wirtschaft - vorangetrieben werden. So wichtig die Grundlagenforschung zweifellos bleiben wird, es genügt nicht, und es ist aus gesellschaftspolitischer Sicht auch nicht wünschenswert, die Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse allein den außeruniversitären ‚Wissensnachfragern‘ oder auch nur dem hauptamtlichen Transferpersonal zu überlassen. Die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Instituten und der privatwirtschaftlichen Forschung muss von den Wissenschaftlern selbst gesucht und gepflegt werden - auch und gerade zum Nutzen der Forschung. Die Öffnung von Lehre und Forschung für exzellente ‚Praktiker‘ aus den Entwicklungsabteilungen der Betriebe ist dabei ein genau so nahe liegendes Instrument wie das Forschungsfreisemester für den Forscher in der Praxis. Problemsicht der Forscher und der Anwender gegenseitig zu verstehen und anzuerkennen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen einer für beide ‚Systeme‘ fruchtbringenden Kooperation.

Stark in die örtliche Region eingebunden und an dem Bedarf der örtlichen Zielgruppen orientiert sind auch die Einrichtungen der Fort- und Weiterbildung. Sie müssen und werden in der Gesellschaft der Zukunft wachsende Bedeutung erlangen. Ihr Wirkungsgrad sollte dadurch gefördert und erhöht werden, dass regionale Netzwerke der Weiterbildung geschaffen werden, die Kompetenzen und Potentiale der Weiterbildung bündeln und Transparenz der Angebote und Beratung fördern.

Aus der weltweiten Verflechtung von Wirtschaftssystemen und Unternehmen und der zunehmend intensiveren internationalen und europäischen Zusammenarbeit ergeben sich neue Aufgaben und Anforderungen an das Bildungssystem. Prozesse und Inhalte der Qualifizierung auf allen Ebenen müssen der neuen Situation Rechnung tragen. Wer künftig seine Berufs- und Lebenschancen optimal nutzen und an Arbeit und Wohlstand teilhaben will, muss neben seiner fachlichen Kompetenz Fremdsprachen und Grundlagen interkultureller Kommunikation beherrschen. Auslandserfahrung sowie international anerkannte Qualifikationsabschlüsse sind zudem immer wichtiger, auch für die berufliche Bildung.

Fremdsprachenerwerb hat schon jetzt im deutschen Bildungswesen einen relativ hohen Stellenwert. Wir wollen dies auf allen Ebenen, zum Beispiel durch noch mehr bilingualen Schulunterricht und fremdsprachige Hochschulstudiengänge ausbauen.

Wir halten es für dringend erforderlich, dass erheblich mehr junge Leute die Chance eines Auslandsaufenthalts erhalten. Dies soll ihnen ermöglichen, eine andere Alltagskultur zu verstehen, eine andere Sprache zu lernen und neue berufliche

Anregungen zu erhalten. Nur so können wir Grundlagen für ein Europa der Bürger schaffen.

Internationale Zusammenarbeit ohne Mobilität und Flexibilität ist nicht möglich. Dienst- und aufenthaltsrechtliche Erleichterungen bei der Beschäftigung von Fachkräften mit fremder Muttersprache und der Entsendung deutscher Fachkräfte ins Ausland müssen ebenso angestrebt werden, wie Erleichterungen für ausländische Studierende an deutschen Hochschulen zu lernen. Insbesondere sollen sogenannte ‚centers of excellence‘ an Hochschulen verstärkt Kooperationen mit hervorragenden ausländischen Universitäten eingehen.

Um den europäischen Einigungsprozess aktiv auf breiter Basis mitzugestalten und um global die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, müssen wir die Voraussetzungen verbessern, einen europäischen Bildungs- und Kulturraum zu entwickeln.

5. Öffentliche und private Verantwortung für die Bildungsfinanzierung

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts hat sich in Deutschland ein Bildungssystem entwickelt, das inhaltlich und strukturell hoch ausdifferenziert ist und allen Heranwachsenden offen steht. Diese Entwicklung vollzog sich unter öffentlicher Aufsicht und unter öffentlicher Mitwirkung. Der Rolle, die dem Staat dabei zukam und auch weiterhin zukommt, entspricht sein überragender Anteil bei der Finanzierung des Bildungswesens. Der Rückgang des Anteils von Bildung und Wissenschaft am Gesamtbruttoinlandsprodukt von 5,0 % 1980 auf 4,5 % 1997 muss korrigiert werden. Mit den 200 Milliarden Mark, die die öffentlichen Haushalte derzeit jährlich für Bildung ausgeben, unterhalten die Kommunen, die Länder und der Bund nahezu allein das Schul- und Hochschulsystem. Sie leisten zusätzlich beachtliche Beiträge zu den Ausgaben der Kindergärten, der außerschulischen beruflichen Erstausbildung und zur Weiterbildung sowie der individuellen Förderung.

Bildung und Forschung haben in Deutschland wieder Priorität. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat die Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung im Haushalt 1999 um fast 1 Mrd. DM erhöht und bis 2003 einen kontinuierlichen Zuwachs der Ausgaben vorgesehen.

Bereits heute werden in beachtlichem Umfang auch private Mittel für das Bildungssystem ausgegeben. Die Eltern leisten Beiträge zu den Kindertagesstättenkosten. Eltern tragen zunehmend Kosten für Lehrmaterialien und in jüngster Zeit auch für Personalcomputer und deren Ausstattung. Sie tragen den Unterhalt für ihre Kinder in Schule und Ausbildung. Die neue Bundesregierung unterstützt die Eltern durch die Erhöhung des Kindergeldes und die Anhebung der Kinderfreibeträge. Teilnehmer tragen zum Teil einen erheblichen Teil der Kosten von Weiterbildung. Die Wirtschaft leistet einen hohen Beitrag für die berufliche

Erstausbildung und für die Weiterbildung. Diese Verantwortung muss sie auch wahrnehmen.

Trotzdem haben die überall wachsenden Anforderungen an die Leistungen des Bildungssystem die bisherigen Finanzierungswege an ihre Grenzen geführt. Die Sicherung einer beruflichen Erstausbildung bedarf zusätzlicher Anstrengungen.

Bildung ist immer weniger auf eine Lebensphase zu reduzieren. Die steigende Nachfrage im Bereich der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung stellt den Grundgedanken der öffentlich verantworteten und finanzierten Bildung vor eine große Herausforderung. Neben einer Ausweitung der öffentlich bereitgestellten Ressourcen müssen die im Bildungswesen eingesetzten Mittel effektiver genutzt werden. Dabei ist eine verstärkte Selbstständigkeit der einzelnen Institutionen auch bei ihrer Mittelbewirtschaftung (Budgetierung) in Verbindung mit entsprechenden Anreizsystemen für einen effektiven Mitteleinsatz ebenso notwendig wie die Reduzierung der öffentlichen Aufsicht auf das Maß der Zielerreichung durch die einzelnen Einrichtungen des Bildungswesens (Rechenschaftslegung und Evaluation).

Die Steigerung der Ausgaben, eine effektivere Mittelbewirtschaftung und eine gerechtere Mittelverteilung werden aber nicht ausreichen, um das deutsche Bildungssystem überall in der Welt konkurrenzfähig und im Inneren offen zu halten. Deshalb sollen verstärkt private Mittel mobilisiert werden. Wir haben deshalb begonnen, das Stiftungsrecht zu reformieren. Wer in Zukunft in Deutschland privates Kapital in Bildung investiert, soll dabei steuerlich begünstigt werden. Die zunehmende Mobilisierung privater Mittel darf allerdings nicht dazu führen, dass ökonomische Barrieren den Zugang zur Bildung verstellen. Auch sollte eine weitere Belastung von Familien angesichts der bereits erbrachten Leistungen vermieden werden. Die Unternehmen müssen im wohlverstandenen Eigeninteresse für eine ständige Erneuerung der Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen, denn dies bleibt eine der zentralen Voraussetzungen für die bundesdeutsche Wettbewerbsfähigkeit.

Zukunft braucht Mut.

Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Mit diesem Memorandum wollen wir eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft unserer Bildung anregen. Die Diskussion über die Zukunft der Bildung ist eine Diskussion über die Zukunftschancen unserer Jugend und unserer Gesellschaft insgesamt. Gerade der Bildungsbereich muss Vorreiter sein für neue Antworten, um Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit unter veränderten ökonomischen und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen realisieren zu können. Eine neue Bildungsinitiative ist notwendig, um die Zukunft zu bewältigen.